

Kernforderungen zur Landrätinwahl

KERNFORDERUNGEN VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ZUR LANDRÄTINWAHL IM HAVELLAND

1. Öffentlicher Personennahverkehr:

Grundsätzlich:

ÖPNV ist nicht nur Instrument der Daseinsvorsorge, sondern vor allem Gestaltungselement für das Leben im Landkreis, und zwar

- um die Attraktivität und Lebensqualität für alle zu erhöhen, besonders
- für die Berufstätigen (Pendler)
- für die nicht-motorisierten Landkreis-Einwohner (Kinder, Jugendliche, Familien, Senioren)
- für die Touristen, damit sie auf ihr Auto verzichten können
- zur Förderung des sanften Tourismus
- zum Zwecke des Klimaschutzes

Im Einzelnen z.B.:

- Busanbindung von Seeburg (Wiedereinrichtung der Linie 639 von Spandau über Seeburg nach Potsdam)
- Busanbindung Stölln
- ÖPNV-Tourismus-Konzept für den Landkreis
- Regionalbahn Ausbau fordern und fördern

Antwort Gorholt: Zu 1) Öffentlicher Personennahverkehr: Ich kann den Punkten zustimmen. Die Ausnahme bildet der Regionalbahn Ausbau. Ich sehe nicht, dass sich der Landkreis dort finanziell engagiert („fördern“). Dies ist Angelegenheit des Landes. Für den Pendlerverkehr sehe ich die Notwendigkeit einer schnellen S-Bahn Anbindung zwischen Nauen und Spandau. Ein drittes Regionalbahngleis ist derzeit illusorisch (siehe Bundesverkehrswegeplan), und bringt aufgrund des Vorrangs des Fernverkehrs und Güterverkehrs auf diesen Schienen nicht viel. Das Problem des Nadelöhrs Spandau stellt sich auch hier. Ich mache mir aber auch keine Illusionen, dass eine schnelle S-Bahn so leicht durch- und umsetzbar sein wird.

2. Schule - Bildung

Grundsätzlich:

Längeres gemeinsames Lernen fördern durch Kooperation, Fusion oder Erweiterung von Grund- und Oberschulen.

Im Einzelnen:

- Unterstützung von Schulzentren, Ganztagskonzepten und Halbtagsgrundschulen
- Einrichtung von mehr Gesamtschulen (z.B. Erweiterung von Oberschulen um Oberstufe wie in Elstal möglich)
- Weiterentwicklung des Pilotprojekts „Inklusion“: weitere Schulen sollen sich zu Inklusionsschulen entwickeln können - mit ausreichend qualifiziertem Lehrpersonal und Sonderpädagogen.

Schulsozialarbeit:

Die Schulsozialarbeit muss weiter verbessert werden, weil es weiterhin Bedarf an zusätzlicher Schulsozialarbeit gibt. Jede Schule sollte mittelfristig mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten.

Antwort Gorholt: Zu 2) Ich bin skeptisch, in wie weit Kooperation, Fusion oder Erweiterung von Grund- und Oberschulen und die Unterstützung von Schulzentren in die richtige Richtung gehen. Für einen Flächenlandkreis sind die Maßnahmen wenig geeignet, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Die Errichtung einer dritten Gesamtschule im Landkreis werde ich gerne angehen. Allerdings sind die Schülerzahlen ab 2020 in Hinblick darauf zu prüfen, ob sie eine weitere Gymnasiale Oberstufe tragen. Schulsozialarbeit halte auch ich an allen Schulen im Landkreis für notwendig. Kleinere Grundschulen könnten sich dabei eine Stelle teilen. Ich werde als Landrat diese Verstärkung schrittweise angehen und mit den Schulträgern besprechen. Alles andere ist ok.

3. Familie - Beruf - Kinder

Grundsätzlich:

Kinderschutz und die Hilfen für belastete Familien ausbauen.

Im Einzelnen:

- Ausbau und Professionalisierung des Netzwerkes Gesunde Kinder
- Einsatz von Familienhebammen verstärken
- Ausschöpfung und Aufstockung der Bundes- und Landesmittel
- Unabhängige Ombudsstelle für Konfliktsituationen mit dem Jugendamt

Antwort Gorholt: Zu3) Die Forderungen sind grundsätzlich richtig. Kompetenzen einer Ombudsstelle und eines Kinderschutzbeauftragten müssen besprochen werden.

4. Klimaschutz und Erneuerbare Energien

Grundsätzlich:

Verstärkung des Energiesparens und des Einsatzes Erneuerbarer Energien.

Im Einzelnen:

- Überprüfung der Energieeinsparpotenziale in den Kreisliegenschaften
- Bezug von Strom und Gas von echtem Ökoanbieter für die Kreisliegenschaften
- Förderprogramm „Energetische Sanierung“ für die Kommunen
- Erarbeitung eines Konzepts für den Aufbau eines kreiseigenen Energiewerks

Antwort Gorholt: Zu 4) Ich bin sehr skeptisch, ob die energierechtlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Aufbau eines kreiseigenen Energiewerks sinnvoll machen. Einer Konzeptprüfung steht nichts im Wege. Auch bei dem Förderprogramm für die Kommunen müsste im Detail erörtert werden, was damit gemeint ist.

5. Aufnahme der Flüchtlinge

Grundsätzlich:

Die möglichst zügige dezentrale Unterbringung der im Landkreis aufgenommenen Flüchtlinge in Wohnungen statt in Heimen.

Im Einzelnen:

- Konzept für dauerhafte Unterbringung und Integration
- Bau von preiswerten Wohnungen, sozialer Wohnungsbau in Verbindung mit den kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften im Kreis
- Deutschunterricht und psychosoziale Betreuung gewährleisten
- Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer
- Migrationsbeirat zur Unterstützung der Migrationsbeauftragten schaffen
- Einführung der Gesundheitskarte erreichen
- Arbeitsmarktprogramme

Kampf gegen den Rechtsextremismus im Landkreis:

Sorgen und Ängsten wegen der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden mit zeitiger transparenter Information und Handlungsweise begegnen.

Initiativen gegen Rechtsextremismus vor Ort öffentlich unterstützen.

Zu 5) Alle ok. Ich habe dazu ja auch selber schon viele Vorschläge gemacht. Ich trete in diesem Feld für absolute Transparenz und Toleranz ein. Ich habe einen „Runden Tisch Integration und Zusammenhalt“ vorgeschlagen.

6. Landwirtschaft

- Förderung der ökologischen Landwirtschaft
- Stärkung der Klein- und mittelbäuerlichen Landwirtschaft
- Massentierhaltung im Landkreis verhindern
- Schaffung eines gentechnikfreien Havellands

Das im Rahmen der Kompetenzen des Landkreises.

Antwort Gorholt: Zu 6) Die Basis einer Verständigung stellt vielleicht die Einigung des Landes mit dem Volksbegehren-Aktionsbündnis dar.

7. Verkehr

- Beendigung der Pläne zur Nordumfahrung L 20 in Falkensee
- Maut-Umgehungsstrecken verhindern (Die Straßenbaupläne an der B 102 im Bereich Premnitz-Rathenow sind deswegen problematisch.)
- verkehrsberuhigende und -beschränkende Maßnahmen gegen Belastungen durch den Maut-flüchtenden Schwerlastverkehr
- Radwegenetz ausbauen

Zu 7) Wir sind uns einig, dass Maut-Flucht verhindert werden muss. Das sehe ich bei der Umgehung der B 102 bei Premnitz nicht. Die Nordumfahrung Falkensee ist auf absehbare Zeit kein Thema. Ob sie als Variante endgültig beerdigt werden sollte, sehe ich allerdings skeptisch. Die Verkehrsprobleme in Falkensee werden in den nächsten Jahren noch größer werden.

Die Kernforderungen stehen auch im Netz: <http://www.gruene-havelland.de/petra-budke/>

Zusammenstellung auf Grundlage der an die Mitglieder versandten Mail

Wolfgang Seelbach, 15.4.2016